

Gabriele Winker

Prekarisierung und Geschlecht

Eine intersektionale Analyse aus Reproduktionsperspektive

Problemstellung

Mit Prekarisierung werden Prozesse zunehmender Verunsicherung bezeichnet, die zwar kapitalistischen Systemen immer schon innewohnen, im Zusammenhang mit neoliberalen Entwicklungen aber an Bedeutung gewinnen. Die Debatte um Prekarisierung fokussiert allerdings beinahe durchgehend auf veränderte Beschäftigungsverhältnisse und ist damit erwerbszentriert. Dies greift aus der Sicht von geschlechtertheoretischen und intersektionalen Perspektiven deutlich zu kurz. Deshalb erweitere ich hier das Konzept der Prekarisierung, indem ich die Reproduktionssphäre in die Analyse einbeziehe und Prekarisierungsentwicklungen anhand dreier Familienmodelle – des ökonomisierten, prekären und subsistenzorientierten Familienmodells – konkretisiere. Um Prekarisierungsprozesse differenziert und konkret unter Berücksichtigung unterschiedlicher Differenzierungskategorien auf der Struktur-, Repräsentations- und Identitätsebene bestimmen zu können, bedarf es einer intersektionalen Mehrebenenanalyse, die ich in der Auseinandersetzung mit der Reproduktionskrise verdeutliche.

1 Ausbreitung und Vertiefung von Prekarisierungsprozessen

Das Konzept der Prekarisierung (vgl. u.a. Castel 2000 und Dörre 2007) verweist einerseits auf so genannte atypisch Beschäftigte und auch Erwerbslose, die tagtäglich gezwungen sind, mit unsicheren Arbeits- und Lebensverhältnissen umzugehen. Niedriglohn und/oder Grundsicherung ermöglichen diesen Personen oft keine Absicherung des Existenzminimums, und eine verlässliche Zukunftsplanung ist nicht realisierbar. Andererseits sind mit der Thematisierung von Prekarisierung die wachsenden Bevölkerungsgruppen angesprochen, die sich bis weit in noch stabil beschäftigte Mittelschichten hinein Sorgen um die eigene soziale Absicherung machen und das Abrutschen in die Prekarität befürchten. Ihre beruflichen Sicherheiten nehmen mit arbeitsrechtlichen Verschlechterungen

wie der Aufweichung des Kündigungsschutzes oder der Erosion von Flächentarifverträgen in den letzten Jahren ständig ab.

Nach Robert Castel (2000: 336ff.) ist die postfordistische Arbeitsgesellschaft dementsprechend in Zonen unterschiedlicher Sicherheitsniveaus¹ gespalten:

Am unteren Ende der Hierarchie stehen in der *Zone der Entkoppelung* die „Überzähligen“ (Castel 2000: 348ff.), die keine Chancen auf eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt haben und damit dauerhaft von regulärer Erwerbsarbeit ausgeschlossen sind. Diese Personen sind nicht nur erwerbslos und müssen mit geringen finanziellen Ressourcen ihre Existenz sichern, sondern sie haben darüber hinaus nur eingeschränkten Zugang zu sozialer Teilhabe in den Bereichen der sozialen Nahbeziehungen, der Kultur und der Rechte (Bartelheimer 2005: 91f.). Das bedeutet, dass sie zu großen Teilen unterhalb des sozio-kulturellen Existenzminimums leben.

Darüber expandiert die *Zone der Verwundbarkeit*. Dort sind immer mehr Menschen in Beschäftigungsverhältnissen tätig, die nicht dauerhaft Existenz sichernd sind und kaum Planungssicherheit für das eigene Leben ermöglichen. Zu diesen „eigentlichen Prekariern“ (Dörre 2009: 46) zählen Personen, die sich in finanziell und/oder sozial wenig abgesicherten Beschäftigungsformen wie Leiharbeit, befristeter Beschäftigung, Teilzeitarbeit, Mini- und Midi-Jobs und eingeschränkt auch Alleinselbstständigkeit befinden. Mit diesen Formen sozial un abgesicherter Beschäftigung wächst auch der Niedriglohnbereich stetig an.

Die Mehrzahl der Beschäftigten befindet sich jedoch noch immer in der *Zone der Integration* in so genannten Normalarbeitsverhältnissen mit sozialer Absicherung. Aber auch im Kern der Mittelschicht, die zwischen 70% und 150% des Medianlohns liegt, bestehen Existenzängste. Auch bei diesen Menschen wächst die Sorge um die eigene wirtschaftliche Situation (Grabka/Frick 2008: 106f.), da bisher sozialstaatlich abgefederte soziale Risiken immer weitgehender den Einzelnen überlassen bleiben. Die Einkommensmittelschicht fühlt, dass der erreichte Lebensstandard und die errungenen beruflichen und sozialen Positionen durchaus gefährdet sein können (Vogel 2008: 95f.).

1 Während Castel (2000: 360f.) von vier Zonen spricht – die Zone der Integration, der Verwundbarkeit, der Fürsorge und der Entkoppelung, beziehe ich mich hier nur auf drei Zonen. Mit der Zone der Fürsorge verweist Castel – wenig ausgearbeitet – auf jene Disziplinierungsmittel, mit denen Entkoppelte, aber auch Verwundbare aufgerufen werden, für ihren eigenen Lebensunterhalt zu sorgen. Derzeit ist in der BRD diese Zone der Fürsorge nur schwer von der Zone der Verwundbarkeit und der Entkoppelung zu trennen, was die derzeitige Hartz-IV-Debatte und die Anrufungen der Erwerbslosen und der so genannten Aufstocker als Drückeberger deutlich zeigen.

So ist zu beobachten, dass Prekarisierungsprozesse weite Teile der Bevölkerung treffen. Vor diesem Hintergrund fasst Pierre Bourdieu (1998: 100) Prekarisierung treffend als „Teil einer neuartigen *Herrschaftsform*, die auf die Errichtung einer zum allgemeinen Dauerzustand gewordenen Unsicherheit fußt und das Ziel hat, die Arbeitnehmenden zur Unterwerfung, zur Hinnahme ihrer Ausbeutung zu zwingen.“

2 Verengte Debatte um Prekarisierung

Wenn Prekarisierungsprozesse allerdings als wichtiger Bestandteil einer neuartigen Herrschaftsform verstanden werden sollen, halte ich es für wichtig, die folgenden drei geschlechtertheoretischen und intersektionalen Verkürzungen aufzubrechen, die Prekarisierungsansätze bisher mitführen:

1. Allen Definitionsversuchen ist gemein, dass sie unter Prekarisierung grundlegende Verunsicherungen der Arbeits- und Lebensbedingungen von immer mehr Menschen zusammenfassen möchten. Dabei wird häufig nicht zur Kenntnis genommen, dass Frauen stärker als Männer, AusländerInnen stärker als InländerInnen und Menschen ohne Berufsausbildung stärker als Menschen mit Berufsausbildung von Prekarisierungsprozessen betroffen sind. Beispielsweise sind weit über 80% aller sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigten weiblich, und bei den ausschließlich geringfügig Beschäftigten stellen Frauen mit über zwei Drittel den deutlich größeren Teil (Bundesagentur für Arbeit 2008: 88). Auch waren 2006 30,5% aller abhängig beschäftigten Frauen im Gegensatz zu 14,2% aller Männer im Niedriglohnbereich zu finden. Bei AusländerInnen betrug die entsprechende Quote 38,9% und bei Personen ohne Berufsausbildung 45,6% (Kalina/Weinkopf 2008: 7). Diese Ungleichheiten spielen im bisherigen Prekarisierungsdiskurs keine wichtige Rolle, da Prekarisierungsprozesse nach wie vor in Abgrenzung zum fordistischen Normalarbeitsverhältnis gesetzt werden, in dem primär Männer meist mit Berufsausbildung und deutscher Staatsangehörigkeit aktiv waren und sind. Mit Blick auf alle Erwerbspersonen zeigt sich allerdings schnell, dass prekäre Beschäftigungsverhältnisse keine neue Erscheinung sind, sondern auch im fordistischen System wie selbstverständlich zu weiblichen Lebensverläufen gehörten (vgl. Aulenbacher 2009, Winker 2007). Ursachen sind damals wie heute geschlechterhierarchische Arbeitsteilungen in der Lohnarbeit und in der Reproduktionsarbeit. Familiäre Versorgungsarbeit wird unbezahlt vornehmlich von Frauen geleistet, was wiederum als Begründung für deren prekäre Beschäftigungsverhältnisse herangezogen wird. Entsprechend hat die zunehmende Frauenerwerbsbeteiligung in den letzten Jahrzehnten fast vollständig im

Bereich der Teilzeitarbeit und der Mini-Jobs stattgefunden. Der Anteil der in der so genannten Normalarbeit beschäftigten weiblichen Erwerbspersonen stagniert dagegen zwischen 1985 und 2005 unverändert bei 23 % (Schmid 2008). Was sich in diesem Zeitraum verändert hat, ist die Erosion der Normalarbeitsverhältnisse bei Männerarbeitsplätzen. Wie von Geschlechterforschenden bereits seit langem kritisiert (zuletzt Aulenbacher 2009, Völker 2009), ist es allerdings für ein analytisch tragfähiges Konzept zur Prekarisierung unzulässig, die Erosion männlicher Normalarbeit zu verallgemeinern.

2. Mit dem Verweis, dass Frauen ähnlich wie MigrantInnen, Ungelernte oder Kranke schon seit vielen Jahrzehnten von Prekarität in besonderem Maße betroffen sind, ist die Verengung der Prekarisierungsdebatte allerdings noch nicht aufgebrochen. Denn bei dieser politisch durchaus bedeutsamen Debatte um die wachsende Armut und die zunehmende Sorge vieler Menschen um die wirtschaftliche Zukunft steht einmal mehr die Erwerbsarbeit im Zentrum der Diskussion. Beinahe vollständig ausgeblendet bleibt die Reproduktionssphäre. Mit der Nicht-Beachtung der Versorgungsarbeit in privaten Haushalten wird die Prekarisierungsdiskussion einseitig entlang einer erwerbsarbeitszentrierten Perspektive entwickelt. Dies gilt auch dann, wenn inzwischen beispielsweise migrantische Haushaltsarbeiterinnen durchaus als prekarisierte Personen einbezogen werden. Denn auch die Thematisierung dieser spezifischen, in privaten Haushalten tätigen und primär weiblichen Personengruppe verweist auf deren Berufsarbeit; eine systematische Auseinandersetzung mit der gesellschaftlich notwendigen und nicht warenförmig vermittelten Reproduktionsarbeit findet auch dort nicht statt (Nowak 2007: 71). Die Ausblendung von Reproduktionsarbeit im Prekarisierungsdiskurs ist umso erstaunlicher, als Lohnarbeit die finanziellen Mittel zur Absicherung der Reproduktion bereitstellen soll. Das Gelingen der Reproduktion hängt aber gerade in prekären Verhältnissen stark davon ab, inwieweit Einzelne für ihr individuelles Reproduktionshandeln allein verantwortlich sind oder dabei von ihnen nahestehenden Menschen Unterstützung erfahren und inwieweit Einzelne darüber hinaus Reproduktionsarbeit für Andere leisten, sei es für Kinder oder unterstützungsbedürftige Erwachsene. Deshalb gilt es neben den veränderten Beschäftigungsverhältnissen auch Familienverhältnisse zu betrachten und zwar ebenfalls in ihren historischen Veränderungen.

3. Doch auch mit dieser Verbreiterung der Prekarisierungsdebatte um Produktions- und Reproduktionsanforderungen verbleiben Verkürzungen, die nur intersektional aufzubrechen sind. In der bisherigen Debatte wird auf der Makroebene mit der Konzentration auf die Erwerbsarbeit auch die Kategorie Klasse priorisiert. Weitere Kategorien werden erst bei der subjektiven Verarbeitung von

Prekarität eingeführt, die sich, worauf beispielsweise Klaus Dörre (2007:54) verweist, in Abhängigkeit von Lebensalter, Geschlecht, Qualifikation und Familienverhältnissen unterschiedlich darstellen kann. Allerdings werden diese Kategorien nicht in seine strukturell ausgerichtete Typenbildung integriert. In der intersektionalen Mehrebenenanalyse gehen wir dagegen davon aus, dass auch auf der Makroebene die vier von uns deduktiv gesetzten Strukturkategorien Klasse, Geschlecht, Rasse und Körper und deren Wechselwirkungen den Zugang zur Erwerbsarbeit, die Lohndifferenzierungen und die Form der Reproduktionsarbeit maßgeblich bestimmen (Winker/Degele 2009: 25ff.). So lassen sich mit Blick auf Kategorien wie Ethnie, Nationalität, Religion, die rassistischen Herrschaftsstrukturen folgen, gerade in ihrer Verwobenheit mit Geschlecht deutliche strukturelle Prekarisierungstendenzen ausmachen. Beispielsweise können ein diskriminierender Aufenthaltsstatus, eine fehlende Staatsangehörigkeit oder nicht akzeptierte kulturelle und religiöse Verhaltensvorschriften mit damit verbundenen fehlenden Zugängen zum Arbeitsmarkt, zum Wohnungsmarkt, zur Bildung Menschen in prekäre Situationen bringen. Aber auch kranken oder körperlich eingeschränkten Menschen wird oft genug der Zugang zu Erwerbsarbeit erschwert oder gar verweigert.² Und selbst mit Durchschnittslöhnen können körperlich eingeschränkte Personen in auswegslose Situationen geraten, da sie zusätzlich Bedarfe zur Sicherung ihrer Existenz haben, die sich finanziell und/oder sozial nicht decken lassen. So wirken Krankheit, Obdachlosigkeit, illegalisierte Aufenthalte und viele weitere Betroffenheitslagen, die Diskriminierung stiften, verschärfend auf Prekarisierungsprozesse oder lösen sie sogar erst aus. Demnach gibt es unterschiedliche Achsen, entlang derer prekäre und bedrohliche Lebenssituationen entstehen können. Es ist deswegen notwendig, bei der Analyse von Prekarisierungsprozessen alle vier entlang der Strukturkategorien gebildeten Herrschaftsverhältnisse – Klassismen, Heteronormativismen, Rassismen und Bodyismen – in ihrer Verwobenheit herauszuarbeiten.

Bevor ich in den Abschnitten vier und fünf meines Textes in der Auseinandersetzung mit Reproduktionsarbeit aufzeige, wie sich intersektionale Prekarisierungsforschung weiterdenken lässt, verdeutliche ich im folgenden Abschnitt drei zunächst den Wandel der Reproduktionssphäre unter neoliberalen Bedingungen.

² Siehe dazu den Artikel von Jungwirth/Scherschel in diesem Band.

3 Krise der Reproduktionsarbeit

Beim Wandel vom fordistischen zum neoliberalen Regime verändert sich die gesellschaftliche Form der Verwertung der Arbeitskraft umfassend, was mit Begriffen wie Flexibilisierung, Subjektivierung und Entgrenzung von Arbeit in Bezug auf Lohnarbeit breit diskutiert wird. Gleichzeitig verändern sich allerdings auch Bedingungen und Formen der Reproduktionsarbeit tiefgreifend, wodurch wiederum Prekarisierungsprozesse befördert werden. Dabei verstehe ich unter Reproduktionsarbeit die unter den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendigen Tätigkeiten, die nicht warenförmig, sondern am Gebrauchswert orientiert, in privaten Bereichen realisiert werden. Dies umfasst vor allem die Ernährung, Erziehung und Bildung von Kindern und Jugendlichen als neue Generationen von Arbeitskräften sowie die Reproduktion der eigenen Arbeitsfähigkeit wie auch die Reproduktion anderer Erwerbspersonen. Reproduktionsarbeit im breiten Sinne, so wie ich sie verstehe, fokussiert nicht nur auf die (Wieder-)Herstellung von Arbeitskraft, sondern bezieht auch das Überleben und Wohlbefinden ehemaliger Arbeitskräfte und damit die Versorgung unterstützungsbedürftiger alter Menschen ein. Diese Reproduktionsarbeiten überschreiten in der BRD im Jahre 2001 mit einem Gesamtvolumen von 96 Mrd. Stunden die insgesamt 56 Mrd. Stunden Erwerbsarbeit um das 1,7-fache und sind weit überproportional Frauen zugeordnet (BMFSFJ/ Statistisches Bundesamt 2003: 11). Im Folgenden verweise ich auf drei politökonomische Entwicklungen, die dazu beigetragen haben, die Realisierung dieser großen und gesellschaftlich notwendigen Arbeitsmenge zu erschweren und damit Prekarisierungsprozesse zu fördern.

Erstens verschwindet der Familienernährer: Das Ernährermodell hatte in einer kurzen, ökonomisch verhältnismäßig stabilen Zeit Anfang der 1960er bis Mitte der 1970er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland seine Hochzeit und war für einen großen Teil der Bevölkerung bis in Kreise der Facharbeiterschaft hinein bestimmend. Der Lohn bzw. das Gehalt des meist männlichen Ernährers entsprach einem Familienlohn, der die Alimentation der Ehefrau und die finanzielle Versorgung von Kindern erlaubte. So konnte sich damals die Mehrzahl der männlichen Beschäftigten den freiwilligen oder erzwungenen Verzicht von Frauen auf Berufstätigkeit im wahrsten Sinne des Wortes leisten. Soziale Risiken im Bereich Krankheit, Berufsunfähigkeit, Erwerbslosigkeit und Altersversorgung waren weitgehend durch beitragsfinanzierte Sicherungssysteme und damit verbundene staatliche Sozialleistungen abgesichert, die auf die Absicherung des jeweiligen Lebensstandards gerichtet waren. Mit zunehmenden ökonomischen Krisen wird seit Mitte der 1970er Jahre deutlich, dass das Ernährermodell für

die Kapitalverwertung mit verhältnismäßig hohen Kosten verbunden ist – einem Familienlohn sowie hohen Sozialausgaben (vgl. Winker 2007). Gleichzeitig gerät auch die ideologische Akzeptanz dieses Modells, das auf Geschlechterhierarchie basiert und diese immer wieder reproduziert, im Zusammenhang mit der zweiten Welle der Frauenbewegung ins Wanken. So leben heute in der BRD nur noch 35% aller Paare mit Kindern unter 15 Jahren allein vom Vater als Familienernährer (Statistisches Bundesamt 2008: 18). Sinkende Reallöhne führen dazu, dass sich nicht nur Einkommensschwache, sondern auch viele Mitglieder der so genannten sozialen Mitte diese Lebensform nicht mehr leisten können. Heute sind alle erwerbsfähigen Familienangehörigen gefordert – unabhängig von ihrem Geschlecht, dem Familienstatus sowie der Anzahl der zu betreuenden Kinder und Angehörigen – für ihren eigenen Lebensunterhalt aufzukommen. Sie sollen sich als Unternehmer ihrer Selbst um die eigenverantwortliche Vermarktung ihrer Arbeitskraft kümmern (Foucault 2006: 314).

Zweitens verliert auch das traditionelle Konzept der Hausfrau an Bedeutung. Während Frauenerwerbstätigenquoten im Zeitraum von 1960 und 1970 zwischen 46% und 48% und bei Müttern mit kleinen Kindern deutlich darunter lagen, steigt die Erwerbstätigenquote von Frauen seither kontinuierlich auf 64% im Jahre 2007 an und liegt nur noch bei Müttern mit kleinen Kindern unter 3 Jahren deutlich darunter (BMAS 2008: 68). So stehen viele Frauen – zumal bei hoch flexiblen Arbeitszeitanforderungen – nicht mehr umfassend für die Reproduktionsarbeiten zugunsten aller Familienmitglieder zur Verfügung. Dies lässt sich als später Erfolg der zweiten Frauenbewegung lesen, führt allerdings mit dem Phänomen, dass trotz steigender Erwerbstätigenquoten finanzielle Unsicherheit und Armut zunehmen, zu einer neuen Problematik: Für viele Frauen wird die Abhängigkeit als Hausfrau vom Familienernährer durch eine Pflicht zur Vermarktung der eigenen Arbeitskraft unter prekären Bedingungen oder durch ein Leben unter den rigiden Einschränkungen und Zwängen des SGB II ersetzt – auch in Zeiten hoher Reproduktionsanforderungen.

Drittens steigen die inhaltlichen und zeitlichen Anforderungen an die Reproduktionsarbeit. Familien³ werden zu Schaltstellen eines umfassenden und komplexen Managements. Wegen der nicht gesicherten Ganztagesbetreuung von Kindern ist es die Aufgabe von Eltern, primär von Müttern, mobil und flexibel für die

3 Ich folge bei der Familiendefinition zunächst der so genannten Zwei-Generationen-Regel im statistischen Sinn, wonach Familie im Lebensformenkonzept alle Eltern-Kind-Gemeinschaften umfasst (Statistisches Bundesamt 2008: 6). Darüber hinaus beziehe ich auch Mehrgenerationenhaushalte von Erwachsenen mit ein.

Hausaufgabenbetreuung, das warme Mittagessen oder Fahrdienste zu Sport- oder Musikaktivitäten zur Verfügung zu stehen. Dazu kommt die wachsende Verantwortung für kranke und unterstützungsbedürftige Angehörige, nicht zuletzt aufgrund staatlicher Deregulierung von sozialen Dienstleistungen in der Pflege. Auch ist in Familien ein erhöhtes Expertenwissen in Bezug auf Gesundheit, Bildung sowie vielfältige Ausprägungen von Sozialkompetenz gefordert. Und auch die individuelle Reproduktion wird immer aufwendiger (vgl. Jürgens 2006), da es die eigene Qualifikation fortwährend zu verbessern sowie einen eigenverantwortlichen Umgang mit permanenten Überforderungen und Gesundheitsrisiken zu erlernen gilt. Insbesondere Frauen müssen die unterschiedlichen, durch die steigenden Anforderungen immer dichter werdenden Zeitpläne der Familienmitglieder synchronisieren und leiden selbst unter permanenter Zeitnot bzw. Stress. Um diese Entwicklungen umfassend analysieren zu können, darf in arbeitssoziologischen Konzepten wie dem des Arbeitskraftunternehmers (Pongratz/Voß 2003) die Reproduktionsarbeit nicht weiter de-thematisiert und damit weitgehend unsichtbar bleiben. Wir schlagen mit dem Konzept der ArbeitskraftmanagerIn (Winker/Carstensen 2007) einen Ansatz vor, der sowohl die Erwerbs- als auch die Reproduktionsarbeit berücksichtigt und die aktive Koordinierung und Synchronisation von Tätigkeiten ganz verschiedener Art betont. Mit diesem Konzept der ArbeitskraftmanagerIn lassen sich die umfassenden Anforderungen an Vereinbarkeitsarbeit in allen Lebensbereichen sowie die damit verbundene Eigenkontrolle des Handelns in den Blick nehmen.

Die Kombination von fallenden Haushaltsnettoeinkommen, zunehmender Frauenerwerbstätigkeit und steigenden Reproduktionsanforderungen führt zwangsläufig zu der Frage, wer in dieser Situation die zur Reproduktion der berufstätigen Familienmitglieder, aber auch die für die Kindererziehung und die Versorgung unterstützungsbedürftiger Angehöriger notwendigen Tätigkeiten realisieren soll.

4 Intersektionale Mehrebenenansatz als Analysewerkzeug

Mit welchen Subjektivierungsprozessen die Existenzsicherung gemeistert wird, auf welche Normen und Ideologien dabei verwiesen wird und welche Rolle dabei die derzeitigen familienpolitischen Regulierungen spielen, ist vor dem Hintergrund der umrissenen Krise der Reproduktionsarbeit empirisch zu untersuchen. Dafür eignet sich eine intersektionale Mehrebenenanalyse (Winker/Degele 2009). Denn dieser praxeologisch orientierte Intersektionalitätsansatz untersucht ausgehend von sozialen Praxen zunächst auf der Identitätsebene, wie Einzelne mit Prekari-

sierungstendenzen umgehen und sich dabei selbst positionieren. Darüber hinaus beschreibt er auf der Repräsentationsebene die normativen Anforderungen, mit denen sich AkteurInnen auseinandersetzen, wie auch auf der Strukturebene die Herrschaftsverhältnisse, unter denen sie ihre Existenz sichern müssen.

In den folgenden drei Abschnitten skizziere ich die Bedeutung jeweils einer Ebene und verweise mit exemplarischen Forschungsergebnissen auf deren jeweilige Bedeutung für Prekarisierungsprozesse. Daran anschließend stelle ich in Abschnitt fünf mit drei Familienmodellen einen analytischen Rahmen dar, der für eine vertiefte intersektionale Analyse von Prekarisierungsprozessen in der Produktions- und Reproduktionssphäre hilfreich sein kann.

4.1 Verunsicherung prekär lebender AkteurInnen

Die Reproduktion der Arbeitskräfte ist für die kapitalistische Akkumulation überlebenswichtig und sichert gleichzeitig deren Lebensgrundlage. In einer kapitalistischen Gesellschaft geschieht dies primär durch den Verkauf der eigenen Arbeitskraft oder aber durch familiäre oder sozialstaatliche Transferzahlungen. Alle drei Wege der eigenen Lebensabsicherung sind mit vielfältigen Unsicherheiten verbunden. Hohe Erwerbslosenquoten und prekäre Beschäftigungsverhältnisse sowie Lohnkürzungen und die Reduktion sozialstaatlicher Ausgleichzahlungen führen für viele Menschen zu erhöhter Verunsicherung.

In einer intersektionalen Untersuchung zu sozialen Praxen von Erwerbslosen (Winker/Degele 2009: 99ff.) können wir anhand von vier Typen verdeutlichen, dass sich Erwerbslose recht differenziert positionieren und entsprechend auch vor unterschiedlichen Herausforderungen stehen. Grundlage dieser Befunde sind 13 narrative Interviews mit Erwerbslosen, die Studierende 2007 in Freiburg und Hamburg im Rahmen unserer Intersektionalitätsseminare durchgeführt haben. In dieser Untersuchung geht es um alltägliche Bewältigungsstrategien von erwerbslosen Personen mit unterschiedlichen Hintergründen in Bezug auf Alter, soziale Herkunft, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Verantwortung für Kinder, Nationalität, Ethnie, Berufserfahrung und körperliche Leistungsfähigkeit. Auffällig ist, dass nur die Befragten des dritten Typus die Erwerbsarbeit ins Zentrum der Zukunftsplanung stellen und sich darüber vor allem gesellschaftliche Integration versprechen. Für weitere erwerbslose Interviewpersonen stehen als zentrale Lebensproblematiken andere Themen im Fokus. Die Befragten des ersten Typus haben wegen Drogennutzung und Krankheiten zumindest teilweise die Kontrolle über den eigenen Körper verloren, wollen jedoch diese Kontrolle und damit auch die Verantwortung für ihre eigene Reproduktion wiedergewinnen.

Die Befragten des zweiten Typus setzen alles daran, ihren Verpflichtungen als Mutter nachzukommen und die Versorgung ihrer Kinder zu realisieren, was vor allem für Migrantinnen nicht einfach ist. Die Interviewpersonen des vierten Typus sehen sich als KünstlerInnen oder als NGO-AktivistInnen, die zur eigenen Existenzsicherung eine finanzielle Grundabsicherung benötigen. Deutlich ist, dass bei der individuellen Verarbeitung prekärer Lebenssituationen unterschiedlichste Identitätskonstruktionen und damit verbundene Handlungskonzepte eine wichtige Rolle spielen, die es empirisch zu untersuchen gilt. Dabei spielt das individuelle Reproduktionshandeln immer und oft auch die Reproduktionsarbeit für Andere eine wichtige Rolle. Dazu kommt, dass Erwerbsarbeit als sehr wichtige Ressource betrachtet wird, was aber in den Interviews nicht immer im Vordergrund steht.

4.2 Ideologisierte Work-Life-Balance

Bei der genannten empirischen Untersuchung wird darüber hinaus deutlich, dass eine wichtige Norm, an der sich die Interviewpersonen orientieren, die neo-liberale Aufforderung ist, sich eigenständig um die eigene finanzielle und soziale Reproduktion zu kümmern und nicht der Allgemeinheit über staatliche Hilfe auf der Tasche zu liegen. Dieser Leistungsanforderung versuchen bis auf den vierten Typus, der für sich auf eine gesellschaftlich abgesicherte Grundsicherung pocht, alle erwerbslosen Interviewpersonen in der einen oder anderen Art gerecht zu werden, obwohl sie finanziell durchgehend schlecht abgesichert sind und wenig bis keine Planungssicherheiten haben. Bei Frauen mit Kindern wird diese Aufforderung dahingehend weitergeführt, dass sie sich die Aufgabe setzen, nicht nur sich, sondern auch ihre Kinder im umfassenden Sinne zu versorgen. Damit nehmen die allermeisten die ihnen zugewiesene Aufgabe an, die Reproduktionsaufgaben für sich und ihre Kinder zu gewährleisten und gleichzeitig über Erwerbsarbeit die ökonomische Grundlage dafür zu schaffen, auch wenn sie als Erwerbslose kaum sehen, wie sie dies konkret erreichen können. Daran lässt sich ersehen, dass die Aufforderung zu „Work-Life-Balance“⁴ als symbolische Repräsentation in der bundesdeutschen Gesellschaft Wirkung zeigt.

⁴ Work-Life-Balance ist als Begriff schon irreführend, da er erstens suggeriert, dass Arbeit nicht zum Leben gehört. Zweitens wird mit dieser Begriffsbildung Reproduktionsarbeit nicht als Arbeit gesehen, sondern als nicht warenförmig organisierte Arbeit in Abgrenzung von Lohnarbeit unter Leben subsumiert.

Das ist auch kein Wunder, schließlich wird diese individuelle Anforderung an alle Einzelnen, Lohnarbeit und Reproduktionsarbeit zu vereinbaren, durch vielfältige gesellschaftliche Diskurse in Politik und Wirtschaft untermauert. So hat sich beispielsweise 2005 eine Initiative „Work-Life-Balance als Motor für wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftliche Stabilität“ unter der Schirmherrschaft des BDI zusammen mit einigen börsennotierten Konzernen wie Bertelsmann AG, Commerzbank AG, DaimlerChrysler AG und Vattenfall Europe AG, der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit gegründet. Auch wenn diese Initiative konkrete Maßnahmen von Gleitzeitangeboten, Teilzeitarbeit und Job-Sharing über Sensibilisierungsstrategien für Führungskräfte bis hin zu haushaltsnahen Dienstleistungen und betrieblicher Kinderbetreuung propagiert, liegt ihre Bedeutung primär darin, das Thema Work-Life-Balance im hegemonialen Diskurs zu platzieren. Denn die reale Umsetzung dieser durchaus nicht neuen Maßnahmen bricht sich schnell an der Priorität betrieblicher Profitinteressen, wie ich am Beispiel der alternierenden Telearbeit bereits vor 10 Jahren nachweisen konnte (Winker 2001). Obwohl viele Beschäftigte aufgrund einer besseren Integration beruflicher und familiärer Anforderungen daran interessiert sind, gibt es immer noch wenige Modelle alternierender Telearbeit, die auf Initiative von Unternehmen als betriebliche Strategien entstehen. Nach wie vor ist der Großteil der alternierenden Telearbeit von einzelnen Beschäftigten mühsam und individuell durchgesetzt und damit ein Privileg für verhandlungsmächtige und durchsetzungsfähige Beschäftigte. Dies lässt sich auf andere oben genannte Work-Life-Balance-Maßnahmen übertragen. Ideen wie individuelle Orts- und Zeitsouveränität widersprechen betrieblichen Interessen und führen ein Schattendasein.

Das bedeutet, dass mit dem Work-Life-Balance-Konzept die Aufforderung verbunden wird, sich trotz aller Schwierigkeiten für eine Verbindung von Lohnarbeit und Reproduktionsarbeit im eigenen Leben einzusetzen. Diese Aufforderung gilt für alle Personen gleichermaßen – jenseits der Beschäftigungs-, der Familienverhältnisse und der konkreten Reproduktionsaufgaben. Allerdings haben gut verdienende Familienväter andere Möglichkeiten, ihre Reproduktionsanforderungen an Ehefrauen, Partnerinnen oder Migrantinnen abzugeben als Alleinerziehende in prekären Beschäftigungsverhältnissen; darauf komme ich im Abschnitt fünf zurück.

4.3 Familienpolitik als Wirtschaftspolitik

Die an der Work-Life-Balance-Ideologie exemplifizierten symbolischen Repräsentationen sowie die geschilderten unterschiedlichsten Identitätskonstruktionen sind innerhalb struktureller Herrschaftsverhältnisse situiert, die darüber selbst wiederum stabilisiert werden. Für die Aufrechterhaltung einer kapitalistisch strukturierten Gesellschaft ist die möglichst kostengünstige Bereitstellung von Arbeitskräften wichtig. Die Realisierung dieses Ziels wird mit sinkenden Real-löhnen und steigender Frauenerwerbsquote begünstigt. Gleichzeitig wird die Reproduktion von Arbeitskraft dadurch allerdings auch erschwert, da fallende Haushaltseinkommen und zunehmende Frauenerwerbstätigkeit – zumal bei steigenden Reproduktionsanforderungen – beinahe zwangsläufig zur ungelösten Problematik führt, wer in dieser Situation die zur Reproduktion der berufstätigen Familienmitglieder, aber auch die zur Kindererziehung und zur Versorgung unterstützungsbedürftiger Angehöriger notwendigen Tätigkeiten realisieren soll. In diesem Widerspruch liegt ein Ansatzpunkt für staatliche Familienpolitik. Um das ökonomische Wachstum unter solchen Bedingungen nicht zu beeinträchtigen, empfehlen Bert Rürup und Sandra Gruescu (2003: 57) in ihrem für das Bundesfamilienministerium verfassten Gutachten „eine Erhöhung der Geburtenrate sowie eine Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen“. Wie sich unter dieser familienpolitischen Leitlinie die Bundespolitik die Realisierung zunehmender Reproduktionsarbeit vorstellt, schlägt sich auf struktureller Ebene in einer Reihe neuer Gesetze nieder, die ich exemplarisch skizziere.

So wurde zum 1. Januar 2007 das Elterngeld eingeführt, das für die Dauer von 12 bzw. 14 Monaten gewährt wird, um für so genannte Leistungsträger Anreize zu schaffen, mehr Kinder in die Welt zu setzen. Das Elterngeld stellt eine Förderung von gut verdienenden Beschäftigten dar, da es sich um eine staatliche Lohnersatzleistung handelt, deren Höhe sich bis zur Höchstgrenze von € 1800 monatlich am bisherigen Einkommen des betreuenden Elternteils orientiert. Mütter und Väter ohne Einkommen erhalten nur ein einkommensunabhängiges Mindestelterngeld in Höhe von € 300 pro Monat, so dass das neue Elterngeld Hausfrauen und -männer oder Menschen in der Ausbildung deutlich schlechter stellt als zuvor, da für diese Gruppe das bisherige Erziehungsgeld mit einem Regelbetrag von € 300 zwei Jahre lang gezahlt wurde.

Die Bedeutung der Frauenerwerbstätigkeit wird auch bei der Ende 2007 verabschiedeten Unterhaltsreform deutlich. Danach erhalten alle Kinder unterhaltspflichtiger PartnerInnen Vorrang vor dem Unterhalt für geschiedene Ehefrauen oder auch -männer; deren Unterhalt wird entsprechend eingeschränkt bzw. entfällt ganz. Demzufolge sind Frauen wenige Jahre nach der Scheidung

gezwungen, ihren Lebensunterhalt selbständig zu bestreiten, auch wenn sie Kinder zu versorgen haben. Ein Recht auf vollen Unterhalt der betreuenden Mutter besteht nur noch in den ersten drei Lebensjahren. Da der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von Frauen in der BRD um 24% unter dem durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von Männern liegt⁵ und Frauen vor allem nach einer Familienphase schlechtere Einstiegsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt haben, werden sich mit diesem neuen Recht viele Reproduktionsarbeit leistende Frauen nach einer Scheidung in prekären Lebensverhältnissen wiederfinden.

Noch deutlicher wird der niedrige Stellenwert von Reproduktionsarbeit bei Pflegebedürftigen und Alten. Während Kinder die Arbeitskräfte von morgen sind und deswegen dort Betreuungsangebote derzeit etwas ausgebaut werden, scheinen Ältere keine gesellschaftliche Bedeutung mehr zu haben. Deren Unterstützung wird zu großen Teilen Familien überlassen, wodurch staatliche Haushalte entlastet werden. Gleichzeitig lässt sich dieses Konzept der möglichst umfassenden familiären Pflege auch leicht realisieren, da familiäre Pflege im Gegensatz zur ökonomisierten oder staatlich organisierten Pflege in Heimen als human gilt. Solange vor allem Familienmitglieder im Rentenalter bzw. in ihren letzten Erwerbsjahren die Pflege übernehmen, wird damit die Erwerbstätigenquote auch nur in Grenzen eingeschränkt. Für Pflegenden, die erwerbstätig sind, sieht das 2008 verabschiedete Pflegegesetz einen Anspruch auf eine unbezahlte sechsmo-natige Freistellung vor. Bezahlte Pflege-tage – vergleichbar mit der Freistellung bei Krankheit von Kindern – ließen sich nicht durchsetzen. Bundesfamilienministerin Kristina Köhler möchte die Form der familiären Pflege durch erleichterte Kombinationsmöglichkeiten von Pflege und Teilzeitarbeit, so ihr Vorschlag im März 2010, verstärkt fördern. Auch die Realisierung dieses Vorschlags wäre wiederum kostenneutral für Staat und Unternehmen, die Kosten hätten die pflegenden Personen alleine zu tragen. Erst wenn Familien die anfallenden Pflegeleistungen nicht mehr alleine übernehmen können, kommt es zur Ökonomisierung der Altenpflege (vgl. ausführlicher Winker 2008).

Zusammenfassend lässt sich daher festhalten, dass die derzeitige Politik Familien nur dort unterstützt, wo ansonsten die Erwerbstätigkeit von Frauen gefährdet ist, wobei die damit verbundenen Transferleistungen primär der ohnehin bereits finanziell besser gestellten Mittelschicht und den Einkommensstarken zugute kommen. In allen anderen Bereichen gibt es bestenfalls geringe finanzielle Anreize, damit Familien möglichst viele Reproduktionstätigkeiten übernehmen.

5 http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/VerdiensteArbeitskosten/Aktuell__2,templateId=renderPrint.psm

Familienpolitik hat damit von ihrer derzeitigen Zielsetzung her dezidiert nicht die Aufgabe übernommen, Problemlagen von prekarierten Gruppen auszugleichen. Familienpolitik ist vielmehr im Kern Wirtschaftspolitik geworden.

5 Idealtypische Familienmodelle

Da Politik und Wirtschaft, wie gezeigt, nur für bestimmte Gruppen finanzielle Unterstützung für alltäglich anfallende Reproduktionstätigkeiten bieten, bleibt es für die meisten anderen Menschen eine schwierige Aufgabe, den Balanceakt zwischen Lohn- und Reproduktionsarbeit zu meistern. Als ArbeitskraftmanagerInnen sollen sie bei verstärkten Flexibilitätsansprüchen, kontinuierlichem Leistungsdruck, verlängerten Arbeitszeiten und sinkenden Reallöhnen ihren eigenen Lebensunterhalt verdienen. Gleichzeitig sollen sie große Teile der weiter zunehmenden Reproduktionstätigkeiten bei der Kindererziehung, aber auch der Betreuung von unterstützungsbedürftigen Alten übernehmen. Diese Anforderungen werden mit der ideologischen Figur der Work-Life-Balance performativ in hegemonialen Diskursen wiederholt. Dies ist sowohl aus zeitlichen Gründen als auch wegen der vielfältigen inhaltlichen Anforderungen kaum zu schaffen, zumal wenn Menschen nicht wie gefordert körperlich voll fit sind oder sich als MigrantInnen zusätzlich für Aufenthaltsgenehmigungen und Arbeitserlaubnisse einsetzen müssen. Und dennoch positionieren sich Menschen innerhalb dieses Rahmens. Sie versuchen prekären Lebenssituationen zu entgehen oder richten sich darin auch ein. Dabei ist es offensichtlich, dass Familienmitglieder primär aufgrund ihrer finanziellen Ressourcen höchst unterschiedlich in der Lage sind, mit diesem Dilemma umzugehen. Idealtypisch unterscheidet sich deswegen zwischen drei Familienmodellen: dem ökonomisierten, dem prekären und dem subsistenzorientierten Familienmodell, die mit den aktuellen sozio-ökonomischen Entwicklungen an Bedeutung gewinnen.

Unter dem *ökonomisierten Familienmodell* fasse ich Familien, in denen es zwei ErnährerInnen gibt, die jeweils mindestens über einen Durchschnittslohn verfügen. Diese Familien können einen verhältnismäßig hohen Lebensstandard aufrechterhalten. Sie profitieren in besonderem Maße von einem höheren Kindergeld durch Steuerfreibeträge, den Lohnersatzleistungen beim Elterngeld und auch von einer vergleichsweise hohen Absicherung im Alter. Zwar greift auch in dieser Gruppe der Rückbau staatlicher Absicherung z.B. bei Erwerbslosigkeit, doch können in diesem Fall die PartnerInnen dieses Arbeitsmarktrisiko gegenseitig so weit absichern, dass sie nicht aus der Mittelschicht herausfallen. PartnerInnen in diesem Modell haben allerdings kaum Zeit für aufwendige Betreuungs- und Pfl-

geaufgaben, zumal wenn sie im Beruf eigenverantwortlich und flexibel agieren. Da staatliche Betreuungsangebote nur punktuell zur Verfügung stehen, werden Reproduktionstätigkeiten verstärkt an haushaltsnahe Dienstleisterinnen ohne soziale Absicherungen in Auftrag gegeben und damit ökonomisiert. Die AutorInnen des „7. Familienberichts“ (BMFSFJ 2006: 92) gehen davon aus, dass der Privathaushalt der Beschäftigungssektor mit dem höchsten Anteil ungeschützter Beschäftigung ist.⁶ Primär illegalisierte Migrantinnen aus Osteuropa, aber auch aus Lateinamerika und Asien übernehmen diese Tätigkeiten in den Haushalten. Sie sind angesichts ihres prekären Aufenthaltsstatus gezwungen, möglichst unsichtbar zu bleiben, und übernehmen vielfältigste Reproduktionstätigkeiten gegen einen geringen Stundenlohn ohne Absicherung bei Krankheit und ohne Ansprüche auf Urlaub. Diese Migrantinnen schließen mit ihrer Kostengünstigkeit und Unabgesichertheit passgenau eine Versorgungslücke zwischen globalisierter Ökonomie, neoliberaler Politik und ökonomisierten Familien. Mit der Delegation und Ökonomisierung von Reproduktionstätigkeiten gleichen sich im ökonomisierten Familienmodell die familiären Anforderungen von Frauen und Männern tendenziell an. Grundbedingung dafür ist jedoch allermeist eine ethnisierte Arbeitsteilung zuungunsten illegalisierter Migrantinnen.

Dem *prekären Familienmodell* ordne ich Familien zu, in denen es maximal einen in Vollzeit tätigen so genannten Normalbeschäftigten gibt, der heute allerdings meist nicht mehr in der Lage ist, eine Familie mit Kindern auf dem Niveau eines durchschnittlich definierten Lebensstandards zu versorgen. Die zweite Person – oder beide – sind in diesem Modell in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Da es meistens Frauen sind, die sich über Teilzeit, Mini- oder Midi-Jobs selbst keine Existenz sichernde Perspektive erarbeiten können, bleiben sie vom Haupternährer abhängig. Inzwischen sind allerdings oft auch Männer in prekären Arbeitsverhältnissen von ihren in Vollzeit arbeitenden Partnerinnen abhängig.⁷ Prekäre Familienkonstellationen leben in der Unsicherheit, dass plötzlich ein Einkommen wegbriecht und/oder unvorhergesehene Zusatzkosten wie etwa Scheidung oder Krankheit den Haushalt belasten. Die Familienmitglieder in diesem Modell leiden in besonderem Maße am Abbau der öffentlichen Versorgungs- und Unterstützungsleistungen. Sie haben Angst, ihren mühsam erworbenen Lebensstandard zu verlieren. Hier gibt es keine Sicherungszonen mehr. Bei längerer Erwerbslosigkeit oder bei schwerer Krankheit bleibt nur noch die von der früheren Erwerbsposition unabhängige Grundabsicherung auf niedrigem Niveau.

6 Siehe dazu den Artikel von Jungwirth/Scherschel in diesem Band.

7 Siehe dazu den Artikel von Hark/Völker in diesem Band.

In solchermaßen unsicheren Situationen sind vor allem Frauen einer enormen Doppelbelastung ausgesetzt. Sie versuchen über Erwerbsarbeit möglichst viel zum Familieneinkommen beizutragen und sind dennoch nach wie vor für den Großteil der Reproduktionsarbeit zuständig. Die Familienmitglieder im prekären Familienmodell haben im Vergleich zu dem ökonomisierten Familienmodell deutlich weniger Handlungsspielräume, da sie die Betreuungs- und Pflegearbeit aus finanziellen Gründen nicht an bezahlte Dritte weitergeben können. Diese Doppelbelastung wird im prekären Familienmodell in Zukunft weiter zunehmen, wenn soziale Risiken wie Krankheit und Pflegebedürftigkeit durch die Einschränkungen in der Sozialversicherung für viele Menschen finanziell nicht mehr abgedeckt sind. Im prekären Familienmodell kommt es zu deutlichen Tendenzen der (Re-)Familiarisierung von Reproduktionsarbeit.

Im *subsistenzorientierten Familienmodell* finden sich Familien wieder, die ohne Existenz sichernde Erwerbsarbeit auf die staatliche Grundsicherung angewiesen sind. Kurzfristige Strategien zur Existenzsicherung stehen hier im Vordergrund. Grundsätzlich müssen alle Mitglieder, die in einer so genannten Bedarfsgemeinschaft leben und den Anforderungen des SGB II unterworfen sind, unabhängig vom Geschlecht ihnen angebotene Jobs wahrnehmen. Auch sind alle Erwerbsfähigen einer Bedarfsgemeinschaft grundsätzlich gezwungen, für eine andere Person und auch für Kinder unabhängig von einer Elternschaft finanziell einzutreten und die Verantwortung zu übernehmen. Allerdings wird ein geringfügiger Schonraum für Kindererziehung und Pflegetätigkeiten gewährt. Solange das jüngste Kind unter drei Jahre alt ist, ist die Erwerbsfähigkeit eines Elternteils eingeschränkt; erst danach ist wieder jede Erwerbsarbeit zumutbar. Dies gilt auch für die Übernahme von Pflegetätigkeiten bei Angehörigen, wenn keine andere Lösung möglich ist. Hier sind es auch primär Frauen, die für Kinder und pflegebedürftige Erwachsene die Betreuung übernehmen. Gleichzeitig unternehmen sie vielfältigste Aktivitäten zur Absicherung des sozio-kulturellen Existenzminimums, das mit der Grundsicherung nicht aufrechterhalten werden kann. Auch sie entsprechen damit den Appellen zur Selbstführung, ohne allerdings über entsprechende Handlungsmöglichkeiten zu verfügen.

Anhand der typisierten Familienmodelle wird ersichtlich, dass weiterhin vor allem Frauen die anfallende Reproduktionsarbeit erledigen. Die konkrete Arbeitsteilung stellt sich jedoch je nach finanziellen Ressourcen und damit je nach Klassenlage unterschiedlich dar. Der ungleiche Zugang zur Lohnarbeit führt zu unterschiedlichen familiären Arbeitsteilungen und Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf die Realisierung notwendiger Reproduktionstätigkeiten. Personen im ökonomisierten Familienmodell können ihre Reproduktionsarbeit vor allem

an Migrantinnen abtreten, die wiederum ihre Reproduktionsarbeit an meist weibliche Familienangehörige in ihren Heimatländern weitergeben. Sowohl für diese Migrantinnen als auch für Frauen in prekären Familienmodellen gehen nicht nur von ihren Beschäftigungsverhältnissen Unsicherheiten aus, sondern für sie liegen darüber hinaus in der Doppelbelastung in Familie und Beruf hohe Herausforderungen, die schnell prekäre Lebensverhältnisse vertiefen können. Körperliche Fitness ist in diesen prekären Familienkonstellationen eine Grundbedingung. Chronisch Kranke und weniger Leistungsstarke werden schnell ausgesondert und landen im subsistenzorientierten Familienmodell; es sei denn sie haben PartnerInnen mit großen finanziellen Ressourcen. Die neoliberale, an alle gleichermaßen gestellte Aufforderung, selbstständig für den eigenen Lebensunterhalt zu sorgen, ist damit vor allem für diejenigen mit hohen Belastungen verbunden, die unter prekären Erwerbsbedingungen oder als Erwerbslose für Kinder und/oder Pflegebedürftige verantwortlich sind. So führen nicht nur ungleiche Zugänge zur Erwerbsarbeit, unterschiedliche Beschäftigungsverhältnisse sowie Lohndifferenzierungen, sondern auch das unterschiedliche Ausmaß der Reproduktionsarbeit zu deutlich ungleichen Chancen, das eigene Leben zu gestalten, und treiben viele – vor allem, aber nicht nur Frauen – in hoch belastende, prekäre Arbeitssituationen.

6 Resümee

Castels Zonen der Prekarisierung stellen eine erste analytische Orientierung dar, greifen aber zu kurz, da sie auf Lohnarbeit fokussieren und auf der Strukturebene die Kategorie Klasse hervorheben. Für eine vertiefte Analyse von Prekarisierungsprozessen ist jedoch nicht nur Lohnarbeit sondern auch Reproduktionsarbeit einzubeziehen. Mit den von mir dargestellten Familienmodellen lassen sich Prekarisierungsprozesse in der Produktions- und Reproduktionssphäre in ihrer gegenseitigen Verwobenheit betrachten. Auch wird dabei bereits deutlich, welchen Einfluss die Kategorien Klasse, Geschlecht, Rasse und Körper und deren Wechselwirkungen beim alltäglich geforderten Balanceakt zwischen Lohn- und Reproduktionsarbeit haben. Mit der Herausarbeitung intersektionaler Verwobenheit lässt sich nachvollziehen, dass Prekarisierungsprozesse sehr wohl von Entgrenzungen in der Erwerbsarbeit, der Aufweichung des Kündigungsschutzes und in der Zunahme sozialversicherungsfreier Arbeitsverträge ihren Ausgang nehmen können oder sich mit der Einführung von Hartz IV verschärft haben. Gleichzeitig kommen damit aber auch familienpolitische Weichenstellungen wie das klassenspezifisch ausgerichtete Instrument des Elterngelds oder die Erwerbs-

arbeitspflicht von Müttern mit Kindern in den Blick, die gerade für Gruppen mit hohen Reproduktionsverpflichtungen zu fragilen Lebensverhältnissen führen. Aber auch sich verändernde Asylgesetzgebungen und Aufenthaltsregelungen können für MigrantInnen bedeuten, dass ihnen der Zugang zur Erwerbsarbeit versagt wird und damit die existenziellen Absicherungen für ganze Familien wegbrechen. Und auch viele kranke und alte Menschen sorgen sich mit der Durchlöcherung des Gesundheitssystems und des Rentensystems um ihre Zukunft oder kämpfen bereits heute tagtäglich um ihre existenzielle Absicherung. Es geht also darum, Typologisierungen nicht nur entlang der Beschäftigungssituation vorzunehmen, sondern die Vielfältigkeit von Prekarisierungsprozessen herauszuarbeiten, die ihren Ausgang in der Produktions- und Reproduktionssphäre nehmen und durch vielfältige Segregationen entlang Klasse, Geschlecht, Rasse und Körper entstehen und sich reproduzieren.

Mit der intersektionalen Mehrebenenanalyse lässt sich allerdings nicht nur die Verwobenheit von Strukturkategorien verdeutlichen, sondern wie dargestellt ebenso aufzeigen, wie weit gehend Ideologien auf der symbolischen Repräsentationsebene die Prekarisierungstendenzen beispielsweise mit Aufrufungen zur Work-Life-Balance stützen. Diese Werte und Normen wiederum sind stark mit entsprechenden Identitätskonstruktionen verwoben, in denen sich unterschiedlich prekarierte Menschen voneinander abgrenzen und jeweils einzeln alles daran setzen, den Anforderungen zu genügen.

Mein Anliegen war es hier, ein intersektionales Vorgehen anhand erster Ergebnisse zu sozialen Praxen von Erwerbslosen, zur hegemonialen Norm von Work-Life-Balance und zu familienpolitischen Regulierungen zu skizzieren, aus denen ich typisierte Familienmodelle ableite. Mit einer empirisch verbreiteten intersektionalen Vorgehensweise lässt sich zukünftig noch deutlich differenzierter zeigen, wie konkret unterschiedliche Bevölkerungsgruppen von Prekarisierungsprozessen in den verschiedensten Ausprägungen betroffen sind. Auch ist es dann hoffentlich nicht nur möglich, soziale Ungleichheiten differenzierter als bisher zu beschreiben, sondern darüber hinaus auch konkrete individuelle und kollektive Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Denn mit einer intersektionalen Mehrebenenanalyse lässt sich empirisch verdeutlichen, an welchen Stellen Personen sich hegemonialen sozialen Strukturen, symbolischen Repräsentationen und Identitätskonstruktionen widersetzen und wo sie sich anpassen. Darüber hinaus werden Widersprüche innerhalb einer Ebene und auch zwischen den Ebenen sichtbar, die für von Prekarisierung Betroffene Ansätze darstellen, um Handlungsfähigkeit zu gewinnen und ihr Leben entsprechend ihrer Bedürfnissen und Interessen zu gestalten. Hier können differenzierte Forschungsergebnisse AkteurInnen bei der

permanenten Reflexion und Präzisierung der eigenen Position unterstützen. Als Zukunftsszenarien zeichnen sich dann vielfältige Angriffe auf Prekarisierung als neue Herrschaftsform ab, die wegen ihrer Vielfalt Wirkung zeigen und auf die Notwendigkeit einer anderen Welt verweisen.

Literatur

- Aulenbacher, Brigitte (2009): Die soziale Frage neu gestellt – Gesellschaftsanalyse der Prekarisierungs- und Geschlechterforschung. In: Castel, R./Dörre, K. (Hg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt/New York, 21-34.
- Bartelheimer, Peter (2005): Teilhabe, Gefährdung, Ausgrenzung. In: Soziologisches Forschungsinstitut (SOFI), Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Institut für sozialwissenschaftliche Forschung (ISF), Internationales Institut für Sozialökonomie (INIFES) (Hg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Arbeit und Lebensweisen. Erster Bericht. Wiesbaden.
- Bourdieu, Pierre (1998): Prekarität ist überall. In: Ders.: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Konstanz, 96-102.
- Bundesagentur für Arbeit (Hg.) (2008): Arbeitsmarkt 2007, Amtliche Nachrichten der BA, 56. Jg. Sondernummer 2, http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/000100/html/jahr/arbeitsmarkt_2007_gesamt.pdf (Zugriff: 01.03.10).
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (Hg.) (2008): Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Köln.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)/Statistisches Bundesamt (Hg.) (2003): Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/02. Bonn/Wiesbaden.
- (Hg.) (2006): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Siebter Familienbericht. Berlin.
- Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz.
- Dörre, Klaus (2007): Prekarität – eine Herausforderung für gewerkschaftliche Politik. Zugriff März 2007. http://www2.tu-berlin.de/zek/koop/publikationen/vortrag_dorre2.pdf
- (2009): Prekarität im Finanzmarkt-Kapitalismus. In: Castel, R./Dörre, K. (Hg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt/New York, 35-64.
- Foucault, Michel (2006): Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II. Frankfurt a.M..
- Grabka, Markus M./Frick, Joachim R. (2008): Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? In: DIW-Wochenbericht. Nr. 10/2008. 101-108.

- Jürgens, Kerstin (2006): *Arbeits- und Lebenskraft. Reproduktion als eigensinnige Grenzziehung*. Wiesbaden.
- Kalina, Thorsten/Weinkopf, Claudia (2008): *Weitere Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung: 2006 bereits rund 6,5 Millionen Beschäftigte betroffen*. <http://www.iaq.uni-due.de/iaq-report/2008/report2008-01.pdf> (Zugriff: 01.03.10).
- Nowak, Iris (2007): *Von mutigen Männern und erfolgreichen Frauen. Work-Life-Balance in prekarierten Verhältnissen*. In: Kaindl, C. (Hg.): *Subjekte im Neoliberalismus*. Marburg, 59-74.
- Pongratz; Hans J./Voß, G. Günter (2003): *Arbeitskraftunternehmer. Erwerbsorientierungen in entgrenzten Arbeitsformen*. Berlin.
- Rürup, Bert/Gruescu, Sandra (2003): *Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*, Berlin.
- Statistisches Bundesamt (2008): *Familienland Deutschland*. Wiesbaden.
- Völker, Susanne (2009): *'Entsicherte Verhältnisse' – Impulse des Prekariationsdiskurses für eine geschlechtersoziologische Zeitdiagnose*. In: Aulenbacher, B./Wetterer, A. (Hg.): *Arbeit. Perspektiven und Diagnosen der Geschlechterforschung*. Münster, 268-286.
- Vogel, Berthold (2008): *Die Begriffe und das Vokabular sozialer Ungleichheit – in Zeiten ihrer Verschärfung*. In: Eickelpasch, R./Rademacher, C./Ramos Lobato, P. (Hg.): *Metamorphosen des Kapitalismus – und seiner Kritik*. Wiesbaden, 93-103.
- Schmid, Günther (2008): *Arbeit ohne Grenzen? Staatliche Instrumente moderner Arbeitsmarktpolitik*. http://www.wzb.eu/bal/ab/pdf/arbeit_ohne_grenzen-3.pdf (Zugriff: 01.03.10).
- Winker, Gabriele (2001): *Individuelle Ortssouveränität als Perspektive*. In: Winker, G. (Hg.): *Telearbeit und Lebensqualität. Zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie*. Frankfurt/Main, New York, 209-226.
- (2007): *Traditionelle Geschlechterordnung unter neoliberalen Druck. Veränderte Verwertungs- und Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft*. In: Groß, M./Winker, G. (Hg.): *Queer|Feministische Kritiken neoliberaler Verhältnisse*. Münster, 15-49.
- (2008): *Neoliberale Regulierung von Care Work und deren demografische Mystifikationen*. In: Buchen, S./Maier, M. S. (Hg.): *Älterwerden neu denken. Interdisziplinäre Perspektiven auf den demografischen Wandel*. Wiesbaden, 47-62.
- /Degele, Nina (2009): *Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten*. Transcript. Bielefeld.
- /Carstensen, Tanja (2007): *Eigenverantwortung in Beruf und Familie – vom Arbeitskraftunternehmer zur ArbeitskraftmanagerIn*. In: *Feministische Studien*. Nr.2. 277-288.

3 Theoretische Weitungen: Analytische Perspektiven und politische Dimensionen von Prekarisierung

Stefan Trinkaus, Kulturwissenschaftler, vertritt zur Zeit die Professur für Medienwissenschaft in kulturwissenschaftlicher Orientierung an der Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf. Er beschäftigt sich mit der Frage, inwiefern Momente der Instabilität, Unbestimmtheit, Unintegriertheit in sozialen, kulturellen und psychischen Prozessen auch als Momente relationaler Öffnung oder Bewegung analysierbar sind.

Susanne Völker, Soziologin, Vertretungsprofessorin an der Universität Köln und arbeitet dort an der Humanwissenschaftlichen Fakultät im Bereich Soziologie/Gender und Methoden. Arbeitsschwerpunkte: Feministische Arbeits- und Ungleichheitssoziologie, praxeologische Soziologie, Diagnose gesellschaftlicher Umbrüche in geschlechtersoziologischer Perspektive, Lebensführungs- und Habitusanalyse. Kern ihrer Beschäftigung mit den Prozessen der Prekarisierung ist die Frage, auf welche Weise Herrschaftsverhältnisse und ihre Institutionen nicht nur transformiert, sondern auch entschert werden und wie sich dies in den praktischen Aneignungen der AkteurInnen artikuliert.

Christine Weinbach, Soziologin; arbeitet derzeit als Lehrkraft mit besonderen Aufgaben an der Universität Göttingen im Bereich Soziologie. Arbeitsschwerpunkte: Systemtheoretische Analysen von Geschlechterverhältnissen; Grundlagen- und gesellschaftstheoretische Überlegungen zur Analyse der gegenwärtigen Veränderungen in den Geschlechterverhältnissen.

Gabriele Winker ist Professorin für Arbeitswissenschaft und Gender Studies an der TU-Hamburg-Harburg und Leiterin des Arbeitsbereichs Arbeit–Gender–Technik. Ihr Interesse gilt feministischen, intersektionalen und polit-ökonomischen Theorieansätzen. Empirisch arbeitet sie im Bereich der Arbeits-, Geschlechter- und Technikforschung. Sie ist Mitbegründerin des Feministischen Instituts Hamburg (www.feministisches-institut.de). Ihr ist es ein Anliegen, Prekarisierungsprozesse zu analysieren, um daraus Ansatzpunkte für individuelles und kollektives Handeln abzuleiten, so dass zukünftig alle Menschen unter Bedingungen sozialer und finanzieller Absicherung ihre eigenen Bedürfnisse und Wünsche verwirklichen können.

Volker Woltersdorff, alias *Lore Logorrhöe*, Dr. phil., Literatur- und Kulturwissenschaftler, seit 1999 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Peter Szondi-Institut für Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft der FU Berlin und im Sonderforschungsbereich „Kulturen des Performativen“, dort im Teilprojekt „Prekarisierung sexueller und geschlechtlicher Identitäten: Alltagspraxis und symbolische Formen“. Arbeitsschwerpunkte: Queer Theory, subkulturelle Ästhetiken, Verknüpfung von Heteronormativitäts- und Kapitalismusanalyse. An der Untersuchung prekärer Verhältnisse interessiert ihn vor allem, eine Perspektive zu entwickeln, die sexuelle und geschlechtliche Emanzipation zu einem integralen Bestandteil politischer Ökonomie werden lässt.